



Knut Bergmann

Mehr Ehrungen, mehr Engagement?

Orden und Ehrenzeichen werden in der Bundesrepublik kaum wahrgenommen, das Ansehen von staatlichen Auszeichnungen ist im Vergleich zu anderen Ländern eher gering. Allerdings können nicht-materielle Ehrungen für freiwillig Engagierte motivierend wirken, weshalb es in Zeiten mit steigendem Bedarf an bürgerschaftlichem Engagement lohnt, sie staatlicherseits ins Auge zu nehmen – zumal sie nur wenig kosten.

Vor 65 Jahren, am 19. September 1951, verlieh Bundespräsident Theodor Heuss das erste Bundesverdienstkreuz. Dieser Orden mit seinen insgesamt acht Stufen ist bis heute "die einzige allgemeine Verdienstauszeichnung in Deutschland und damit die höchste Anerkennung, die die Bundesrepublik für Verdienste um das Gemeinwohl ausspricht", wie es in den Ausführungsbestimmungen zum Statut des Verdienstordens heißt. Weit mehr als die Hälfte der Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland werden wegen herausragender, in der Regel langjähriger Verdienste für bürgerschaftliches Engagement verliehen. Dabei macht soziales Engagement mehr als 25 Prozent aus, der Sport rund 7 Prozent, die Kultur zirka 13 Prozent und die Kommunalpolitik gut 14 Prozent (Bundespräsidialamt 2009).

Mit der Flüchtlingskrise in den zurückliegenden zwölf Monaten ist das Thema bürgerschaftliches Engagement erstmals in den Kern des politischen Diskurses gerückt, während es im politischen Verständnis zuvor als "das Ehrenamt" meist eher Gegenstand politischer Sonntagsreden war. Und der Bedarf nach Engagement kann durchaus noch steigen, der Bedarf in der Pflege alter Menschen in Kombination mit den sich weiter auflösenden traditionellen Strukturen wie dem klassischen Familienverbund sorgt dafür.

Nicht-materielle Auszeichnungen motivieren

Es ist vielfach darauf hingewiesen worden, dass ausbleibende Anerkennung einer der Gründe für die schwindende Motivation von freiwillig Engagierten ist. Im Gegenzug wird vor allem von politischer Seite die Notwendigkeit einer angemessenen Anerkennungskultur betont, denn sie wird von Experten wie Praktikern als eine der wichtigen Möglichkeiten des Staates gesehen, gemeinwohldienliches Engagement zu fördern (etwa Batarilo-Henschen et al. 2011). Orden und Ehrenzeichen werden dabei jedoch kaum berücksichtigt, obwohl immerhin fast ein Drittel der bürgerschaftlich Engagierten Verbesserungsmöglich-



keiten durch Staat und Gesellschaft bei der öffentlichen Anerkennung in Form von Ehrungen erkennt. Andere Möglichkeiten zur Förderung von bürgerschaftlichem Engagement wie bessere Information, Absicherung durch Versicherungen, Fragen der steuerlichen Absetzbarkeit oder die Anerkennung ehrenamtlicher Tätigkeiten als Praktikum oder berufliche Weiterbildung werden allerdings als noch wichtiger eingeschätzt (siehe Grafik). Allerdings ist nicht auszuschließen, dass Ehrungen in der Befragung aufgrund von sozialer Erwünschtheit seltener genannt werden – was gerade in der in solcherlei Dingen zur Bescheidenheit neigenden Bundesrepublik plausibel scheint.

Im Gegensatz zu den anderen genannten Verbesserungsmöglichkeiten sind Orden und Ehrenzeichen aber staatlicherseits besonders attraktiv, da sie kaum Geld kosten. Verhaltensökonomischen Untersuchungen zufolge können nicht-materielle Anerkennungen teilweise sogar besser geeignet sein, Menschen zu motivieren (Frey 2010, Frey/Gallus 2015). Zudem lässt sich auf diese Weise bei bürgerschaftlich Engagierten die Gefahr eines Crowding-Out-Effekts bannen, der bei der Monetarisierung von ehrenamt-

lichen Tätigkeiten droht. Die monetäre Vergütung von bürgerschaftlichem Engagement kann motivationsschädlich wirken; der intrinsische Anreiz kann durch eine extrinsische Motivation verdrängt werden.

Insbesondere in Zeiten abnehmender Bindung an die traditionell Engagement vermittelnden Großorganisationen wie Kirchen, politischen Parteien, THW oder die Freiwilligen Feuerwehren ist es geboten, alle Möglichkeiten zu nutzen, die geeignet sind, Engagement zu fördern. Hinzu kommt, dass Freiwilligen-Organisationen in aller Regel auf ein langfristiges Commitment ihrer Engagierten angewiesen sind. Auch hier kann den Freiwilligen entgegengebrachte Wertschätzung in Form von Auszeichnungen helfen, um nachhaltige Motivation zu fördern (Leisin 2015).

Insgesamt wurde der Bundesverdienstorden in den 65 Jahren seit seiner Stiftung etwas mehr als 254.000 Mal verliehen, wobei die früher großzügige Vergabepraxis mittlerweile deutlich zurückgefahren worden ist. Waren es zu Beginn der neunziger Jahre noch an die 6.000 Ehrungen jährlich, kamen 2015 nur noch 1.404 Personen in ihren Genuss. Diese bescheidenere Verleihpraxis ist richtig, denn für Orden und Ehren-

zeichen ist das Verhältnis von Angebot und Nachfrage von überragender Bedeutung. Werden sie inflationär vergeben, verlieren sie an Wert. Dies limitiert die Möglichkeiten, staatliche Anerkennung auf dem Auszeichnungswege zu gewähren.

Nur die "üblichen Verdächtigen"?

Dabei ist es gar nicht so einfach, würdige Kandidaten zu ermitteln, wenn strenge Kriterien angelegt werden. Die aktive Suche nach Kandidaten fällt staatlicherseits schwer, zumal potentielle Träger des Bundesverdienstkreuzes in der Regel mindestens 40 Jahre alt sein sollten. Weder kommen viele Bürger auf die Idee, geeignete Kandidaten zu empfehlen, noch wissen sie, welche Leistungen auszeichnungswürdig sind, obwohl Kriterien und Ansprechpartner leicht auffindbar sind. Dafür sprechen unter anderem die geringe Zahl von Anregungen sowie - auf den ersten Blick paradoxerweise - deren hohe Erfolgsquote. In Nordrhein-Westfalen, dem bevölkerungsmäßig größten Bundesland, wurden im Zehn-Jahres-Schnitt von 2003 - 2012 jährlich nur 849 Bundesverdienstorden angeregt. Bei einer Gesamtbevölkerung von fast 18 Millionen heißt das, dass gerade einmal 0,005 Prozent der Bevölkerung per anno vorgeschlagen wurden. Doch von den angeregten Kandidaten wurden deutlich mehr als die Hälfte auch ausgezeichnet; gerade einmal 42,1 Prozent wurden im Durchschnitt abgelehnt. Dass die Mehrheit der Anregungen erfolgreich ist, dürfte dem Umstand geschuldet sein, dass kaum "normale" Bürger Verleihungen anstoßen, sondern dies meist Menschen mit Erfahrung im Umgang mit den entsprechenden Verfahren sind. Überdies gibt es Hinweise aus der Praxis, dass es sich um Personenkreise gleicher Denkart und Gesellschaftsschicht handelt. Im Ergebnis werden oft die "üblichen Verdächtigen" aus dem Bildungsbürgertum ausgezeichnet (Bergmann 2014).

Eine mutigere Anregungs- wie Vergabepraxis des Bundesverdienstkreuzes als der prominentesten Auszeichnung unseres Landes wäre wünschenswert. Das heißt zunächst, stärker die weniger etablierten Kreise der Gesellschaft zu berücksichtigen. Denn die Anerkennung in Form von Ehrungen ist eine der Verbesserungsmöglichkeiten durch Staat und Gesellschaft, über die man weniger gebildete Schichten stärker ansprechen kann als gebildetere Schichten (siehe Grafik). Zum anderen könnte erwogen werden, die Altersgrenze komplett wegfallen zu lassen.

Literatur

Batarilo-Henschen, Katarina; Mildenberger, Georg; Tominski, Stefan (2011): Qualifizierung und Anreizsysteme für bürgerschaftliches Engagement. Projektbericht des Centrums für soziale Investitionen und Innovationen. Universität Heidelberg: Eigenverlag

Bergmann, Knut (2014): Nur die üblichen Verdächtigen? Orden und Ehrenzeichen als Anerkennung und Motivation für bürgerschaftliches Engagement, in: Wolfgang Lauterbach/Michael Hartmann/Miriam Ströing: (Hrsg.): Reichtum, Philanthropie und Zivilgesellschaft, Wiesbaden: Springer VS Verlag, Seite 133-152

Bundespräsidialamt (Hrsg.) (2009): Der Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland. Berlin: Eigenverlag

Frey, Bruno (2001): Geld oder Anerkennung? Zur Ökonomik der Auszeichnungen. Perspektiven der Wirtschaftspolitik 11 (1): 1–15

Frey, Bruno; Gallus, Jana (2015): Towards an economics of awards, in: Journal of Economic Surveys, DOI: 10.1111/joes.12127

Leisin, Anna-Christina (2015): Die Rolle von Auszeichnungen zur Anerkennung und Motivation. Eine empirische Analyse der Freiwilligenarbeit in der Deutschschweiz, Wiesbaden: Springer VS

Simonson, Julia; Vogel, Claudia; Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.) (2016): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014, Berlin: Eigenverlag Deutsches Zentrum für Altersfragen